

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Alee.

II. Jahrgang.

Berlin, Donnerstag, den 13. December 1883.

N<sup>o</sup> 120.

## † Das deutsche Volksthum und seine nationale Zukunft.

### II.

Die vier deutschen Cardinal-Untugenden — unpraktischer Idealismus, Pedanterie, übertriebener Formalismus und große Formlosigkeit — sind es, welche die Parteien, vornehmlich den Liberalismus, auf falsche Bahnen und letzteren in eine für den nationalen Staat gefährliche Gegnerschaft gegen die bestehende Staatsgewalt bringen. Der unpraktische Idealismus führt den radicalen Liberalismus zu einem übertriebenen Cultus der Freiheit, über welchen er die realen Bedürfnisse der nationalen Einheit vergißt. „Durch den gehässigen Kampf um ein geringes Mehr oder Minder an politischen Rechten, oft nur um den Schein von Freiheit, untergraben die Radicale die für die nothwendige Staatseinheit unerläßliche Kraft und Autorität der Staatsgewalt.“ Dabei ist, wie der liberale Verfasser gewiß mit Recht sagt, „die ganze Fabel von der Reaction, soweit sie nicht mit bewußter Böswilligkeit als Waffe dient, nichts als kindische Vorstellung des deutschen Philistertums.“ Eine unbefangene Prüfung der von jener Seite ausgehenden Beschwerde zeigt, daß wir hier fast überall die deutsche Pedanterie und den Formalismus des Urtheils vor uns haben, der sich an die herkömmliche Schablone klammert und seine Philisterranschauung für das Maß der Dinge hält. Der heutige Liberalismus ersetzt die objective, wahrhaft politische Untersuchung der ihm vorgelegten, auf dem Gebiete praktischer Politik sich bewegenden Probleme meist durch ein schnell verurtheilendes Schlagwort, die Opposition gegen die Regierung gilt ihm als etwas verdienstvolles; er triumphirt, wenn die „Regierung“ ein Fiasco macht, und Niemand denkt daran, daß die Regierung doch nur die Sache der Nation führt. „In den Parlamenten herrscht das Geschwätz, in der Nation die Nörgelei“ — unbekümmert um die Gefahren, welche dem Vaterlande in Zukunft drohen können, über die man sich mit Sorglosigkeit und Optimismus hinwegsetzt.

So steht das deutsche Volk dem Staatsmanne gegenüber, dessen Geist und Character nichts von den verderblichen Schwächen der Nation, nichts von dem unpractischen, schwärmerischen Idealismus, von dem starren Formalismus und von der pedantischen Kurzsichtigkeit in sich trägt, sondern der das Werk der deutschen Einigung vermöge seines Verständnisses für concrete reale Dinge, seiner practischen Vorurtheilslosigkeit und echten Freiheit des Gedankens vollzogen hat. Aus denselben Eigenschaften heraus ist seine innere Politik, die nach dem Zeugniß des liberalen Verfassers auch von seinen bisherigen Gegnern (außerhalb des Parlaments) immer mehr für richtig und nothwendig gehalten wird, erwachsen, — aber „sein durchdringender und rascher Geist schießt sich mit jedem großen Gedanken dem deutschen Formalismus, dem unerbittlichen Philisterrsinne und der Pedanterie gegenüber.“

Diese Lage der Dinge kann den Patrioten entmuthigen. Allein es bleibt doch noch eine muthige Schaar, die den Kampf für und gegen die Nation, gegen den Dämon im eigenen Innern immer von Neuem beginnt, so oft auch die Hoffnungslosigkeit die einsamen Kämpfer anwandelt. An ihrer Spitze steht wiederum der Mann, welcher den meisten Grund hätte den Muth zu verlieren, weil Niemand so sehr wie er es erfahren hat, aus welcher dürftigem Stoff seine Nation gemacht ist. Aber Fürst Bismarck bleibt, seinem Wahrspruch getreu, am Platz und verliert nicht den Glauben an das Volk, obwohl schwerlich irgend Jemand klarer über die Fehler desselben ist wie er.“ Wie er trotz hundertfacher Enttäuschung nicht verzagt, sondern weiter hofft und in der Arbeit um die Nation sich verzehrt, auch wenn es eine Sisyphusarbeit ist, so dürfen auch Andere nicht verzagen, daß eineheilung der Gebrechen möglich sei.

Der Weg ist schwierig, wenn er sich auch aus den Fehlern klar ergibt: durch Erziehung ist anzukämpfen gegen die leidige Angewohnheit des Raisonnirens über die Welt und allerlei Ideale, die fortwährend auf der Bierbank, wie selbst auch beim Brantweinglase erörtert werden, und der Sinn für das Praktische, Reale, für alle concreten Fragen ist anzuregen, mit dem sich der Deutsche gegenwärtig wenig abgiebt. Läßt sich ja der Deutsche einmal zur Erörterung der nach seiner innersten Meinung einer niederen Sphäre des Geistes angehörenden praktischen Tagesfragen herab, so werden sie mit der Oberflächlichkeit der formalen Betrachtung schnell abgethan. „Man braucht nur einen Blick in die deutsche Presse zu werfen, um die Voreiligkeit und Seichtheit des Urtheils über die schwierigsten Probleme der Politik, über neue Gedanken, Entwürfe, Absichten der Regierung, ja schon über Gerüchte von denselben zu erkennen.“ Nur die bewußte Arbeit gegen die verkehrte Beanlagung des eigenen Geistes kann die deutsche Nation zur Gesundheit zurückführen.

Das Bild, welches hier von den Eigenthümlichkeiten der Nation entworfen ist, ist nicht anmuthig, aber man erkennt darin das Volk und insbesondere den Liberalismus an der Aehnlichkeit wieder. Jeder unbefangene Beobachter muß dies zugeben und wird daher auch gern bereit sein, den weiteren Ausführungen des Verfassers über die Kurmethode mit Aufmerksamkeit zu folgen.

## Neuigkeiten aus der Verwaltung.

† Nach der rheinischen Landgemeindeordnung soll bei der Ernennung der Bürgermeister in den rheinischen Bürgermeistereien auf angesehene Grundbesitzer in den Bürgermeistereibezirken und auf andere Personen, welche das Vertrauen der Eingeseffenen vorzugsweise genießen, besonders Rücksicht genommen werden. Eine ähnliche Vorschrift findet sich in der Westfälischen Landgemeindeordnung, welche die Stelle eines Amtmanns in erster Linie einem angesehenen und vorzugsweise aus den größeren Grundbesitzern auszuwählenden Eingeseffenen als Ehrenamt übertragen wissen will. Trotz dieser gesetzlichen Bestimmungen hat sich thatsächlich das Verhältniß zur Zeit so gestaltet, daß die überwiegende Mehrzahl der Bürgermeister und Amtmänner nicht aus den Notabeln der Bezirke, sondern aus Berufsbeamten entnommen ist. Wie wir hören, hat dieser Umstand Anlaß gegeben, über die Gründe, welche hierzu geführt haben, nähere Ermittlungen anzustellen. Zugleich sind die beteiligten Behörden in der Rheinprovinz und Westfalen auf die erwähnten Bestimmungen noch besonders aufmerksam gemacht, und es ist ihnen für jeden Fall, in welchem die Ernennung eines Bürgermeisters oder Amtmanns in Frage steht, eine sorgfältige Prüfung empfohlen worden, ob nicht in dem Bezirke selbst eine zur Uebernahme des Amtes geeignete und bereite Persönlichkeit vorhanden ist.

## Politische Tagesfragen.

Dem Vernehmen nach werden die Steuervorlagen demnächst im Abgeordnetenhaufe eingebracht werden.

Die Commission des Herrenhauses hat die Jagdordnung in zweiter Lesung durchberathen, und sind die Beschlüsse derselben für die Aussicht auf das Zustandekommen der Vorlage im Ganzen als befriedigende zu betrachten.

Die gestrige Debatte des Abgeordnetenhauses über den Antrag Zelle ist insofern von bleibendem Interesse, als die Redner der Fortschrittspartei sich darüber beschwerten, daß die Arbeiter bei den communalen

Wahlen in Berlin in ihrer Freiheit nicht durch die Polizei und durch das Socialistengesetz beschränkt worden seien, während die Regierung, die Conservativen und das Centrum einmal in Abrede stellten, daß dem auf dem gesetzlichen Boden sich bewegenden Verhalten der Arbeiter überhaupt mit dem Socialistengesetz entgegen getreten werden könne, und sodann constatirten, daß die Arbeiterpartei sich während der communalen Wahlen vollständig in der Grenze berechtigter Bestrebungen gehalten und in ihrem Auftreten sich ebenso tactvoll wie die anderen Parteien benommen hätten. Die von der Fortschrittspartei erhobene Beschwerde ist für diese Partei außerordentlich charakteristisch: so lange ihr die Arbeiter nicht gefährlich sind, gehen sie mit pathetischen freihheitsstriefenden Redensarten für sie in's Zeug; in Berlin aber, wo sie überhaupt keinen Widerspruch vortragen können, wollen sie, daß den Arbeitern gegenüber mit einem Terrorismus verfahren werde, der mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in keiner Weise vereinbar ist.

Die betreffende Commission des Abgeordnetenhauses hat die Vorlage wegen weiteren Erwerbs von Privateisenbahnen genehmigt. Die Commission für die Verathung der Kreis- und Provinzialordnung von Hannover hat sich im Sinne der Regierungsvorlage gegen die Einführung des Instituts der Amtsvorsteher entschieden. Ferner ist aus dem Abgeordnetenhause zu erwähnen, daß der Gesamtvorstand des Hauses einen Antrag auf schnelle Förderung der Vorbereitungen zum Bau eines neuen Geschäftsgebäudes für das Abgeordnetenhaus eingebracht und als Bauplatz das zur Zeit in Benutzung des Reichstags stehende Grundstück Leipzigerstraße 4 unter Hinzunahme eines Theils des Gartens des Herrenhauses vorgeschlagen hat.

Aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen wird berichtet, daß die Bestellung der Wintersaaten sich in Folge der Witterungsverhältnisse dieses Jahres zwar sehr in die Länge gezogen, in einzelnen ungünstigen Lagen sogar nicht vollständig zu Ende sich hat führen lassen, im Ganzen jedoch nach Eintritt der milden Temperatur im Herbst in zufriedenstellender Weise von Statten gegangen ist, und daß die meist kräftig eingegrünt Saaten einen guten, in einzelnen Kreisen sogar vortrefflichen Anblick gewähren. Die Zubereitung des Ackers für die Frühjahrbestellung, welche anfänglich hatte im Rückstand bleiben müssen, kann nunmehr mit Einschluß der sonstigen Feldarbeiten als beendet angesehen werden. Zur Vornahme von Meliorationen hat es in diesem Jahre freilich an Zeit gefehlt. Der Torf, das in einzelnen Theilen des Bezirks vorherrschende Heizmaterial auf dem platten Lande, hat zum großen Teil der durchweichenden Moore halber noch nicht aus den Brüchen abgefahren werden können, und wird erst der Frost die Abfuhr gestatten.

In den Verhältnissen von Handel und Industrie des Gumbinner Bezirks sind in den letzten Monaten wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Durch die seit dem 1. August erfolgte russische Zollmaßregel, wonach gebrauchte Säcke, sobald sie über die russische Grenze zurückgeschickt werden, verzollt werden müssen, ist allerdings die Ueberführung des Getreides über die Grenze auf der Eisenbahn insofern verändert, als jetzt die Umladung des Getreides meist nicht mehr auf preussischem Boden, sondern schon auf russischem in der Weise erfolgt, daß das Getreide lose in dazu besonders eingerichtete Wagen geschüttet wird. In Preußen werden jedoch immer noch andere Artikel, wie Flach, Hanf, Lumpen, Kleie und Hölzer, in großem Umfange umgeladen. Außerdem sind während der letzten Monate insbesondere große und werthvolle Sendungen von Pferden aus dem südlichen Rußland eingeführt und bis zum Schweine-Einfuhr-Verbot monatlich ca. 8—9000 Stück Schweine eingebracht worden. Sodann hatte während der letzten Monate der Gänsehhandel größere Dimensionen angenommen, indem fast täglich in Preußen 1 bis 2, oft auch 3 Waggons mit Gänsen aus Rußland verladen wurden. Ferner gelangten Krebse aus den nächsten russischen Gouvernements in großen Mengen, oft bis zu 100 Körben auf einmal an, um von Preußen weiter nach Berlin befördert zu werden. Zu erwähnen ist endlich auch die Errichtung eines umfangreichen Depots für kaukasisches Petroleum in der Grenzstation Grajewo, von wo dasselbe in Säffern nach Deutschland eingeführt wird. — Exportirt wurden hauptsächlich für das südliche Rußland landwirthschaftliche Maschinen, Heringe und speziell für Warschau aus den masurischen Seen frische Fische, meistens in Eisverpackung. Im Binnenverkehr hat der Getreidehandel noch keinen rechten Aufschwung nehmen wollen. Die Getreidepreise sind verhältnismäßig niedrig, dagegen die Viehpreise erheblich gestiegen, und es sind speciell in Folge des Verbots der Einfuhr von Schweinen sehr günstige Bedingungen für den Schweinehandel eingetreten. — Die industriellen Etablissements des Bezirks sind fortgesetzt im Gange. Namentlich haben die Ziegeleien und Holzschneidemühlen flott gearbeitet und die feste Aussicht, ihre angesammelten Vorräthe im Laufe des Winters preiswürdig zu verkaufen. Die Lage der arbeitenden Bevölkerung war befriedigend; an Verdienst hat es nirgends gefehlt und bei den Eisenbahnarbeiten sowie bei den Kasernenbauten wurden zum Theil außergewöhnlich hohe Löhne erzielt. Im Kreise So-

hannisburg hat sich sogar zeitweise ein Mangel an Arbeitern für die Landwirtschaft fühlbar gemacht.

## Parlaments-Bericht.

Das Abgeordnetenhaus setzte am 11. die Verathung des Staatshaushaltsetats fort und erlebte zunächst eine Reihe von Spezialsetats ohne erhebliche Debatte. Es folgte dann der Justizetat, von dem mehrere Kapitel genehmigt wurden. Bei den Einnahmen theilte der Minister Dr. Friedberg mit, daß die Ministerien der Finanzen und der Justiz in Unterhandlung getreten sind zur Erörterung der vom Abgeordnetenhause in der vorigen Session angeregten Frage, ob die Gerichtskosten der Gerichten wieder zurückgegeben sei. Der König habe seine Genehmigung zu der sehr erheblichen Minderung in der Organisation der Behörden ertheilt und man sei in den Ressorts jetzt damit beschäftigt, die Details der Organisation festzustellen. Ohne erhebliche Geldopfer sei aber die Rückgestaltung der Organisation nicht zu bewerkstelligen, jedoch geschähe dieselbe ja auf Wunsch des Hauses. Bei den Ausgaben wurde vom Abgeordneten Martinus zunächst die Frage der Höhe der Gerichtskosten neu angeregt. Er sei selbst Rechtsanwalt, müsse aber gestehen, daß nicht bloß die Gerichtskosten, sondern auch die Anwaltsgebühren eine erhebliche Herabminderung ertragen würden. Der Demoralisation durch Verleihung des Armenrechts müsse entgegengewirkt werden. Auch wäre eine Beschränkung der freien Advocatur der Bevölkerungszahl entsprechend zu empfehlen, eine Maßregel, welcher der Abgeordnete Dr. Windthorst lebhaft widersprach. Im weiteren Verlauf der Debatte führte Abgeordneter Bachem Beschwerde über die häufigen Verletzungen der Justizbeamten und der Abgeordnete v. Jazdzewski erhob gegen die Justizverwaltung den Vorwurf, daß sie die Richter polnischer Nationalität bei Beförderungen übergehe und auch Schwierigkeiten mache, polnischen Anwälten das Notariat zu verleihen. Der Minister Dr. Friedberg erwiderte, daß er von einem prinzipiellen Gegensatz gegen die Anstellung von Juristen aus den Eingeborenen des Großherzogthums Posen weit entfernt sei, es müsse aber bei der Anstellung darauf gesehen werden, ob der Anzustellende an der betreffenden Stelle auch den Aufgaben der Provinz genüge. Was die Ertheilung des Notariats betreffe, so werde damit in der ganzen Monarchie knapp vorgegangen, um die Gefahren, welche mit der freien Advocatur verbunden seien, zu verringern. Wenn, wie es vorgekommen, ein polnischer Rechtsanwalt sich um ein Notariat beworben, der kurz vorher bei einer Gerichtsverhandlung die Revolution glorifizirt habe, so könne Niemand die Bewilligung seines Gesuchs erwarten. Auf eine Frage, ob der Minister die Absicht habe, die Advocatur von dem Notariat zu trennen, erwiderte derselbe, daß er solches in der Zeitung gelesen, aber selber von dieser seiner angeblichen Absicht nichts wisse. — Bei der Position „Gelehrter der vortragenden Räte“ bemängelt Abgeordneter Lauenstein, daß die Remuneration, welche der Präsident der Justizprüfungskommission bezieht, zu hoch gegriffen sei. Der Minister bittet an dieser Position nichts zu ändern, weil bei der ungeheuren Last der Arbeit, welche auf dem betreffenden Beamten ruhe, sonst gar keiner mehr sich bereit finden werde, das Amt zu übernehmen. — Gegen Schluß der Sitzung kritisirte der Abg. Munkel noch das neue Reglement für Rechtskandidaten, welches vor den juristischen Studien warne, aber erst wenn der Betreffende das Examen bestanden habe, zur Wirkung komme. Das Reglement verlange den überzeugenden Nachweis eines Vermögens für fünfjähriges standesgemäßes Auskommen; aber auch dann könne noch der Oberlandesgerichtspräsident aus bestimmten Gründen entscheiden, daß der Bewerber der Zulassung zum höheren Justizdienst nicht würdig sei. Damit würden der Willkür Thür und Thor geöffnet. Der Minister erwiderte, daß er zum Erlaß des Regulativs durch das Gesetz über die Anstellung der Richter und Staatsanwälte ermächtigt sei. Die Bestimmung über den Substanznachweis sei nothwendig in Folge des Andrangs zum Justizdienst mit besonderer Rücksicht auf die freie Advocatur. Mit der Bestimmung über die Würdigkeit sei keinerlei politische Absicht verbunden; es komme nur darauf an, von vornherein Personen von einem Stande abzuhalten, die nicht die Ueberzeugung gewähren, daß sie dem Stande Ehre machen werden. Die Verfügung werde hoffentlich der ganzen Rechtspflege zu Gute kommen. Abg. Hänel bestritt die Rechtsgiltigkeit der Verfügung und Abg. Dr. Windthorst brachte den Antrag ein, den Minister zu ersuchen, das Regulativ zurückzuziehen, welcher Antrag der Justizkommission überwiesen wurde.

Am 12. kam zunächst der Antrag der Abgg. Dr. Straßmann und Zelle, betreffend die Abänderung der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen von 1853, zur Verhandlung. Der Antrag geht darauf hinaus, dem Absatz 3 des § 21, wonach alle Ergänzungs- oder Ersatzwahlen von denselben Abtheilungen und Wahlbezirken vorzunehmen sind, von denen der Ausgeschiedene gewählt war, einen Zusatz zu geben, daß wenn wegen großer Ungleichheit der Wählerzahl in den Wahlbezirken derselben Abtheilung eine neue Wahlbezirkseinteilung von der Gemeinde-

vertretung beschlossen und von der Aufsichtsbehörde genehmigt oder von dieser angeordnet sei, der Magistrat sofort bekannt zu machen habe, in welcher Ordnung bei den Ergänzungs- und Ersatzwahlen die neuen Wahlbezirke an die Stelle der bisherigen treten. Abg. Zelle begründete den Antrag, der bereits im Juli d. J. eingebracht und der Gemeindefraktion überwiesen, von dieser aber wegen des Schlusses der Session nicht mehr beraten worden war, damit, daß er geeignet sei, die Auflösung einer Stadtverordnetenversammlung zu verhindern. Das Haus möge den Antrag auch jetzt wieder der Gemeindefraktion überweisen. Abg. Hahn erklärt Namens der Conservativen sich für diese Ueberweisung, ohne aber sich für oder gegen den Antrag zu binden. Abg. Büchtemann erhebt gegen den Minister des Innern den Vorwurf, daß er bezüglich der neulichen Berliner Communalwahlen gegen die städtische Verwaltung Stellung genommen und die Gegner derselben unterstützt habe. Die Auflösungsfrage werde um so ernster, wenn in die communalen Wahlen die politischen Kämpfe hineingetragen würden, wie es in Berlin geschehen sei. Abg. v. Minnigerode constatirt als Ansicht der Conservativen, daß der Regierung das Auflösungsrecht zweifellos zustehe. Er bedauert, daß der Vorredner wiederum die Berliner Vorgänge ins Gefecht geführt habe, was um so mehr befremde, da doch die Berliner Stadtverwaltung eine notorisch politische Stellung einnehme. Das Wesen der Selbstverwaltung sei übrigens lediglich eine Delegation der königlichen Gewalt an die lokalen Selbstverwaltungs-Körperschaften. Abg. Löwe (Berlin) führt in gereizter Sprache die vom Abg. Büchtemann begonnene Verherrlichung der Berliner städtischen Verwaltung weiter und greift die Gegner derselben bei den jüngsten Wahlen mit Ausdrücken, wie „bezahlte Subjekte“ u. s. w. an, was den Abg. Cremer zu einem energischen Protest veranlaßt. Abg. Graf Rosadowsky führt das Zeugniß des Magistrats selbst dafür an, daß in Berlin die Politik mit den Kommunalwahlen verquickt werde. Die Auflösung in Berlin sei durchaus correct gewesen. Redner erklärt sich dann Namens seiner Fraktion (der Freiconservativen) für eine Ueberweisung des Antrags an die Gemeindefraktion, ebenso die Abgg. Windthorst u. v. Benda. Damit wäre die Discussion ihrem Ende nahe gerückt gewesen, wenn nicht der Abgeordnete Dr. Birchow, dem als Mitantragsteller das Schlüsselwort zugefallen, aufs neue in schroffer Weise den Minister des Innern angegriffen hätte, dem er vorwirft, bei den Berliner Wahlen unter dem Vorwande der Gerechtigkeit in das Gesetz eingebrochen zu sein, um in der Stadtverordneten-Versammlung einen Bruch herbeizuführen. Die Regierung habe der Socialdemocratie zu diesem Zwecke freie Hand gelassen und sich ohne Berechtigung in den Wahlkampf gemischt. Dies veranlaßt den Minister des Innern zu einer energischen Zurückweisung. Die Abstimmung einer Anzahl von Beamten gegen die Fortschrittspartei sei keineswegs auf einen Druck der Behörde, speciell des Polizeipräsidiums, zurückzuführen, das nur die Schutzleute, wie es seine Pflicht gewesen, zur Ausübung ihres Wahlrechts heurlaubt habe. Der gegentheiligen Behauptung müsse der Minister im Interesse der Ordnung und Moral entschiedenen Widerspruch entgegensetzen. Auch den Socialdemocraten gegenüber sei die Behörde durchaus correct verfahren; sie habe nur dem Gesetze gemäß gehandelt. Wer gebe denn der Regierung das Recht, den Arbeiterstand von der Ausübung des Wahlrechts auszuschließen, wenn gegen das Socialistengesetz keine thatsächlichen Verstöße vorlägen? Auf den weiteren Vorwurf, den darauf der Abg. Birchow erhob, daß eine willkürliche Behandlung der Wahlflugblätter stattgefunden habe, erwiderte der Minister, daß dies nicht der Fall gewesen, sondern daß jedes Wahlflugblatt sorgfältig geprüft worden sei. An der nunmehr wieder sehr lebhaft gewordenen Debatte beteiligten sich verschiedene Abgeordnete, u. A. die Abgg. Windthorst und v. Hammerstein, welche beide betonen, daß die Fortschrittspartei die Polizei gegen die Arbeiter angerufen habe. An der weiter folgenden Debatte, die ohne allgemeines Interesse ist, beteiligten sich noch verschiedene Abgeordnete. Der Antrag wird schließlich der um 7 Mitglieder verstärkten Gemeindefraktion überwiesen. — Es folgt nun die Verlesung der Interpellation des Abg. Stengel in Betreff der Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Heranziehung der juristischen Personen zu den Gemeindeabgaben in den Landgemeinden der 7 östlichen Provinzen und der Provinz Schleswig-Holstein. Der Antragsteller weist darauf hin, daß ein entsprechender Antrag schon im vorigen Jahre eingebracht sei, daß sich aber bei der Verhandlung darüber ergeben habe, daß der Antrag geographisch zu eng begrenzt war. Der Antrag sei damals der Gemeindefraktion überwiesen worden, aber nicht mehr zur Berathung gelangt, da eine Vorlage in Aussicht stand. Diese sei aber bis jetzt nicht erfolgt und daher habe er die Interpellation gestellt. Der Minister des Innern v. Puttkamer erwidert, daß auch die Regierung von der Wichtigkeit des Gegenstandes durchdrungen sei. Die in der Eröffnungsrede der gegenwärtigen Session angedeutete organische Regelung der Heranziehung zur Kommunalsteuer beschäftige zur Zeit die Staatsregierung aufs ernstlichste und die Verhandlungen seien soweit gediehen, daß die gewünschte Vorlage in Form eines Nothgesetzes unmittelbar nach Neujahr dem Hause zugehen werde.

Die Besprechung der Interpellation wurde darauf beschlossen und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt.

## Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Unser Kaiser erfreut sich, von einer leichten Indisposition abgesehen, welche ihn zu Anfang der Woche einen Tag verhinderte, auszufahren, fortgesetzt des besten Wohlbefindens, welches ihm auch am Freitag und Sonnabend voriger Woche gestattete, mit dem zur Theilnahme hier eingetroffenen Großherzoge von Weimar und dem Herzoge von Sachsen-Altenburg bei Königs-Wusterhausen eine Jagd abzuhalten. Nach seiner Rückkehr empfingen beide Majestäten den Besuch der auf der Durchreise nach Kopenhagen in Berlin eingetroffenen Kronprinzlich dänischen Herrschaften, denen zu Ehren am Sonntag ein größeres Diner und Abends Dheegesellschaft im königlichen Palais veranstaltet wurde.

Der Kronprinz hat nach einer herzlichen Verabschiedung von dem spanischen Hofe Madrid verlassen und über Sevilla und Granada die Rückreise angetreten. Die Einschiffung erfolgt in Barcelona, wo das deutsche Geschwader bereits Ende voriger Woche eingetroffen ist. Nach seiner Ankunft in Genua gedenkt der Kronprinz sich sofort nach Rom zu begeben, um dem Könige von Italien einen Besuch abzustatten. Es ist naheliegend, daß der Kronprinz bei dieser Gelegenheit auch dem Papst einen Besuch machen wird. Weder dem einen, noch dem anderen Besuche liegen besondere politische Absichten zu Grunde, wenngleich es auf der Hand liegt, daß die Besuche des Kronprinzen in Rom ein beachtenswerther Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen sind, welche zwischen Deutschland und dem Könige von Italien, wie dem Oberhaupt der katholischen Kirche bestehen.

Der im Jahre 1877 durch gerichtliches Urtheil aus seinem Amte entlassene Bischof von Limburg Dr. Blum ist durch Allerhöchste Ordre vom 3. December begnadigt worden. Obwohl dieser Act nur in Konsequenz der neueren kirchenpolitischen Gesetzgebung erfolgt ist und daher an sich nichts Ueberraschendes hat, so ist er doch mit Recht als ein neues Zeugniß für die ernste Absicht Sr. Majestät des Königs und seiner Regierung, der Wiederherstellung des Friedens zwischen Staat und Kirche die Wege zu ebnen, erkannt worden. Auf die Haltung der Centrumspartei hat dieser vorläufige Schritt der Regierung sowie der bevorstehende Besuch des Kronprinzen beim Papste insofern einen Einfluß geübt, als auf ihren Wunsch der bereits für gestern (Mittwoch) auf die Tagesordnung gesetzte Antrag auf Wiederherstellung der aufgehobenen Verfassungsparagraphen vorläufig nicht zur Berathung gelangt ist.

Im Abgeordnetenhaus hat im Verlauf der Woche die zweite Lesung des Staatshaushaltsetats ihren Fortgang genommen. Der Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums wurde ohne Beanstandung genehmigt; die bei verschiedenen Kapiteln gefallenen Aeußerungen einzelner Abgeordneter zeigten, daß auf allen Seiten des Hauses über die Verwaltung des landwirthschaftlichen Ressorts hohe Befriedigung herrscht. Außerdem wurden noch mehrere Kapitel des Justizetats erledigt. Mehrere Sitzungen wurden noch mit Verhandlungen über Anträge und Interpellationen ausgefüllt. Am Donnerstag der vorigen Woche fand die Fortsetzung der Debatte über den Antrag Stern auf geheime Abstimmung bei den Landtags- und Communalwahlen statt, welche mit der Ablehnung des Antrages endete. Der Umstand, daß die Nationalliberalen mit den conservativen Fraktionen gegen den Antrag stimmten, hat zu erneuten erbitterten Angriffen der Linksliberalen auf ihre „Freunde“ Anlaß gegeben. Am letzten Mittwoch gelangte der fortschrittliche Antrag auf Abänderung der Städteordnung, welcher den Zweck hat, die Auflösung von Stadtverordneten-Versammlungen unmöglich zu machen, zur Verhandlung. Auch hier wurde, wie beim Antrag Stern, die Debatte sehr bald von dem sachlichen in das persönliche Gebiet hinübergespielt und namentlich der Minister des Innern verdächtigt, bei den jüngsten Communalwahlen in Berlin die Gegner der städtischen Verwaltung in gesetzwidriger Weise unterstützt zu haben, eine Insinuation, welche der Minister in energischer Weise und unter Constatirung des vollkommen correcten Verhältnisses der Regierungsorgane unter lebhaftem Beifall der Rechten zurückwies. Die Debatte endete mit der Verweisung des Antrages an die Gemeindefraktion.

Dem neulichen Verluste eines fortschrittlichen Reichstagsmandats in Stralsund ist jetzt ein weiterer gleicher Verlust in Kulmbach gefolgt, wo 1881 der fortschrittliche Abg. Herz gewählt war und jetzt der freiconservative Freiherr zu Luffsch gegen den fortschrittlichen Kandidaten den Sieg davon getragen hat.

In Köslin ist an Stelle des Kriegsministers v. Rameke der conservative Amtsrichter von Unruh zum Mitgliede des Abgeordnetenhauses gewählt worden.

Von den sieben Nachwahlen, welche in Berlin für die Stadtverordnetenversammlung stattzufinden hatten, sind zwei zu Gunsten

der Arbeiterpartei ausgefallen, in einem Wahlkreise ist der Candidat der Bürgerpartei in die Stichwahl gekommen und in vier Kreisen haben die Liberalen gesiegt, und zwar drei in der ersten und zweiten Abtheilung und nur einer in der dritten Abtheilung, während die beiden gewählten Arbeiter in der dritten Abtheilung gesiegt haben und die Stichwahl zwischen Bürger- und Arbeiterpartei auch das Resultat einer Wahl in der dritten Abtheilung war.

Am 10. December wurde die Session des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen durch den Staatssekretär v. Hofmann eröffnet.

#### Aus dem Auslande.

Während es im Herzen unseres Welttheils nach wie vor friedlich aussieht und das Vertrauen auf Befestigung der gegebenen Zustände allenthalben an Boden gewinnt, dauern die Besorgnisse vor Verwickelungen an den Grenzen der Kulturwelt fort. Die französische Regierung hat sich neue Credite für die Fortführung der Tonking-Expedition bewilligen lassen und bei dieser Gelegenheit eine Vertrauenserklärung der Abgeordnetenkammer erlangt, gegen welche die radicalen und die monarchischen Parteien Nichts auszurichten vermochten — die erwarteten Nachrichten von der Einnahme der Stadt Bac-Ninh fehlen aber immer noch, und so lange diese Nachrichten auf sich warten lassen, dauert die Ungewißheit darüber fort, ob es zu dem gefürchteten Kriege mit China kommen wird. Wie bereits neulich erwähnt, haben sich diejenigen Mächte, die in China ansässige Staatsangehörige besitzen, zu vorläufigen Schutzmaßregeln veranlaßt gesehen, um etwaigen Ausbrüchen des chinesischen Fremdenhasses entgegenzutreten zu können. Mit besonderer Spannung sieht England der ausstehenden Entscheidung entgegen, weil seine Angehörigen über zahlreiche Punkte des weiten chinesischen Reichs verstreut sind und weil im Kriegsfall Angriffe auf Singapore und die übrigen Orte der im britischen Besitze befindlichen sog. Stradt Settlements nicht zu den Unmöglichkeiten gehören würden.

Einen zweiten Gegenstand britischer Besorgniß bilden die Zustände im südlichen Aegypten, von woher abermalige militärische Erfolge des aus dem Sudan eingedrungenen „falschen Propheten“ gemeldet werden. Die Metropole der nubischen Besitzungen Aegyptens, die am Zusammenfluß der beiden Quellflüsse des Nils belegene, mehr als 50 000 Einwohner zählende Stadt Chartum oder Kartum gilt bereits für halbwegs verloren, weil der fanatische islamitische Kriegsprediger allenthalben gläubige Anhänger findet und die Bewohner Nubiens nicht nur den Europäern, sondern ebenso den Aegyptern außerordentlich feindlich gesinnt und zu einer Erhebung gegen ihre vor sechzig Jahren eingedrungenen Beherrscher längst bereit sind. Es wird voraussichtlich energischer briti-

scher Anstrengungen bedürfen, damit die Regierung des Vice-Königs sich zu Schutzmaßregeln aufrafft, deren es zur Vertheidigung ihrer Grenzen dringend bedarf. An eine Zurückberufung der in Aegypten stationirten englischen Truppen ist natürlich nicht zu denken. Da die religiöse Bewegung in Nubien und Ost-Sudan nach Meinung der Landeskundigen sehr viel gefährlicher werden kann, als die niemals recht populär gewordene Erhebung Arabi Paschas und der mit diesem verschworenen Officiere, wird England sich darauf gefaßt machen müssen, seine im Nilthal gewonnene Stellung nochmals mit bewaffneter Hand zu vertheidigen. Die zahlreichen religiösen Fanatiker Aegyptens sieht man für stille Gefinnungsgenossen des „Mahdi“ an.

Europäische Ereignisse, die eine weiter tragende politische Bedeutung haben könnten, sind neuerdings nicht zu notiren gewesen. In Italien wird zum Empfang unseres Kronprinzen gerüstet, den man zum 16. d. M. in Rom erwartet und welchem König Humbert wahrscheinlich entgegenreisen wird. — In Irland haben die Anhänger der Nationalpartei ihrem Führer Parnell ein reiches Geschenk überreicht. — In Oesterreich-Ungarn richtet die öffentliche Aufmerksamkeit sich vornehmlich auf zwei Punkte, auf den, von dem Pesther Oberhause abgelehnten Gesetzentwurf, betreffend die Abschließung zwischen Christen und Juden, und auf das dem Wiener Reichsrathe neuerdings vorgelegte Gesetz über Einführung der Arbeiter-Versicherung gegen Unfälle. Der bezügliche, in manchen Punkten an das deutsche Project erinnernde Entwurf ist zunächst einer Kommission zur Vorberathung überwiesen worden und hat als erster Versuch zu einer Socialreform im positiven Sinne gewaltiges Aufsehen erregt. Obgleich die Verhältnisse in Oesterreich wesentlich anders liegen wie bei uns, wo es bereits ein Krankenversicherungsgesetz und eine gesetzlich anerkannte Haftpflicht der Arbeitgeber für Betriebsunfälle giebt, ist man sich in Wien bewußt, mit dem deutschen Reiche in eine wichtige reformatorische Concurrenz getreten und von Berlin aus den ersten Impuls zu einem Unternehmen von außerordentlicher Tragweite empfangen zu haben. Wir werden nicht verfehlen, auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Das neulich erwähnte Project, zur Hebung des russischen Getreidehandels in den Häfen und Grenzstädten Speicher anzulegen und durch Einführung verkäuflicher Depotscheine (Warrants) dem Creditbedürfnisse der Landwirthe zu Hilfe zu kommen, ist bedauerlicher Weise auf den Widerspruch einseitiger und beschränkter Patrioten gestoßen, die Anstoß daran nehmen, daß das Unternehmen mit Hilfe ausländischer Kapitalien in Ausführung gebracht werden soll.